

Arbeitsjournal

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 7 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 3. August 1932

Nummer 62

Zu den Fehlleistungsphantasien eines Kleinstadtpinzipsals

Herr Niemiß aus Oranienbaum hat sich auffallend beliebt, auf unsern Artikel „Gewerkschaftliche Kapitalfehlleistungen?“ in Nr. 56 des „Korr.“ zu antworten. Wer aber daraus schließen wollte, daß er in seinem zweiten Artikel in Nr. 56 der „Zeitschrift“ vom 26. Juli mehr oder weniger zu sagen gewußt hätte, den müssen wir von vornherein enttäuschen. Es ist das selbe Geplätscher eines kleinen Provinzprinzipsals, der nur sich und die bösen Gewerkschaften sieht, nicht aber die großen sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, die heute zur Entscheidung stehen. Das war es aber, was uns veranlaßt hat, seinen ersten Ausführungen Beachtung zu schenken, und wenn das sehr eindrucklich gesehen ist, dann wirklich nicht um des Herrn Niemiß willen, sondern lediglich, um seinen und ähnlichen Anpassungen einmal mit der notwendigen Entschiedenheit entgegenzutreten.

Es ist geradezu unfähig, daß Herr Niemiß am 26. Juli schon nicht mehr wußte, was er am 5. Juli geschrieben hatte. Oder sollte ihm inzwischen doch eingeleuchtet haben, daß mit der eingebildeten „gewerkschaftlichen Kapitalfehlleistung“ recht wenig gegen die Gewerkschaften anzufangen ist? Während er in seinem ersten Artikel zu wei „Auswirkungen einer verhängnisvollen Kapitalfehlleistung“ ausdrücklich feststellte, erklärt er in dem zweiten Artikel, daß wir das von ihm berührte Problem auf den Kopf gestellt hätten, und sagt, unser Artikel „wirft einen völlig neuen Gedanken-hinzu, der uns weniger interessiert, weil er eine reine Angelegenheit der Mitglieder des Verbandes ist“. Wir lassen uns gewiß gern den Vorwurf neuer Gedanken machen, weil wir uns ja dadurch von Arttellschreibern à la Niemiß und andern aus dem Gegenlager unterscheiden. In diesem Fall war es leider nicht so, weil wir uns ja mit dem wirklich nicht neuen Gedanken der Anrempelung der Gewerkschaften durch Herrn Niemiß beschäftigen mußten. Wir nehmen also von dem Zurückgehenden Kenntnis und stellen mit Herrn Niemiß fest, daß die Verwendung der gewerkschaftlichen Mittel die Unternehmer gar nichts angeht, weil dies „eine reine Angelegenheit der Mitglieder des Verbandes ist“.

Wenn er nun, um diese Anerkennung zu verdecken, sich nochmals mit unsern Beiträgen und mit der Frage, „wohin die in den Händen der Gewerkschaften befindlichen Kapitalmengen gestossen sind“, beschäftigt, so möchten wir bezüglich der Beiträge erklären, daß auch das „eine reine Angelegenheit der Mitglieder des Verbandes ist“, um die sich das Unternehmertum gar nicht zu kümmern hat, und wenn er durchaus wissen will, „wohin die in den Händen der Gewerkschaften befindlichen Kapitalmengen gestossen sind“, so mag er sich darüber aus unserm in diesen Tagen erscheinenden Jahresbericht informieren, der ja im Gegensatz zu den Rechnungslegungen der Unternehmerverbände jedermann zugänglich ist. Alles weitere über dieses Kapitel haben wir in unserm vorhergehenden Artikel ausführlicher, als es Herrn Niemiß lieb war, dargelegt. Für unfruchtbare Spinnereien fehlt uns sowohl der Raum als auch die Zeit. Das sei auch in bezug auf die unsinnige Frage gesagt, ob wir die Erklärung des Verbandes oder des Gewerbes für wichtiger halten. Wir möchten nur, um nicht des Ausweichens gegziehen zu werden, erklären, daß unsere Funktionen in der Beantwortung solcher oder anderer Fragen bestimmt mehr „Mut zur Verantwortung“ oder zur „Unpopulartät“ bewiesen haben, als es von Herrn Niemiß und seinesgleichen in ihrem Leben jemals verlangt wurde.

Wenn er sich aus seiner engen Umgebung heraus nicht ganz darüber beruhigen kann, daß wir seinen Hinweis auf das sogenannte patriarchalische Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter als Harmoniebeduellei abgetan haben, so wollen wir ihm nochmals sagen, daß dieses patriarchalische Verhältnis ja nur in der Phantasie eines Provinzunternehmers bestehen kann, der sich den Anschein gibt, als ob er nicht wüßte, daß die gute-Miene der Arbeiter zum oftmals bösen Spiel von ihrer örtlichen Gebundenheit und andern Umständen abhängig ist. Wir wissen, daß in Tausenden von Fällen der Patriarchalismus des Unternehmers sehr schnell zu Ende war, wenn ein nicht-ortsgebundener Kollege einmal nicht mit allem zuzufinden war und seinen organisatorischen Standpunkt zur Geltung zu bringen versuchte. Aber dieses Kapitel gibt uns Krebserkrankung „Machreglungsunterstützung“ hinreichenden Aufschluß.

Wie recht wir ferner darin hatten, wenn wir Herrn Niemiß den Vorwurf machten, daß er an der Solidarität der Buchdrucker zu rütteln versuche, bestätigt er erneut dadurch, daß er aus der von uns genannten Zahl von 21 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland sechs Millionen Arbeitslose herauszieht und diese in einen Gegensatz zu den noch Arbeitenden zu bringen versucht. Denn was soll es denn anders heißen, wenn er schreibt: „Der ungeheuren Macht der 21 Millionen arbeitenden Menschen von einst steht heute die einer ungeheuren Macht von fast sechs Millionen arbeitslosen Menschen in Deutschland gegenüber, die in ihrer Not es einfach nicht verstehen können, weshalb gerade sie die Hände still in den Schoß legen müssen und ihre Kollegen die gesicherten Tarifföhne erhalten, zu deren Erringung sie durch die finanzielle Stärkung des Verbandsvermögens beigetragen haben.“ Das ist die alte Rattenfänger-melodie, die die darauf Hörenden noch immer ins Verderben geführt hat, das ist der Kokos eines falschen Freundes der Arbeiterschaft, der die Letztere teilen zu können glaubt, um dann um so uneingeschränkter über sie herrschen zu können. Wenn den Unternehmern das Schicksal der langfristigen Erwerbslosen am Herzen liegt, warum machen sie dann keinen Finger für sie krümmen, warum haben sie dann nicht in die von uns geforderte Verkürzung der Arbeitszeit eingewilligt, warum fordern sie dann immer wieder diejenigen von Arbeitsnachweis an, die zwar noch lange nicht an der Reihe sind, aber einmal bei ihnen gearbeitet haben, und schließlich warum werfen die Unternehmer gewissen politischen Parteien Millionen in den Rücken, mit denen so unendlich viel Not bei den Arbeitslosen gemindert und gehoben werden könnte? Die Antwort darauf zu finden ist nicht schwer. Die Konjunkturpolitik des Unternehmertums; die Ausnutzung der Wirtschaftskrise zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gegen der Arbeiterschaft, welches Interesse das Unternehmertum an den Arbeitslosen hat. Beachtet man dazu noch sein Interesse an einer politischen Bewegung, die sich die Zerschlagung der Sozialpolitik und des sozialen Arbeitsrechts zum Ziel gesetzt hat, dann ist das Bild von dem heutigen Unternehmertum abgerundet, dann wissen auch unsere Arbeitslosen, was sie von den Unternehmern zu halten haben, die sich so gern ein patriarchalisches Mäntelchen umhängen, unter dem sich alles andre, nur kein Interesse für die Arbeiterschaft verbirgt.

Sozialtriebende Nebensarten und Mitleidsbeteuerungen für die Arbeitslosen haben wir von unsern Unternehmern genug gehört. Wir wissen, was wir davon zu halten haben. Wenn Herr Niemiß glaubt, mit seinen oben wieder-gegebenen Ausführungen einen Keil zwischen die arbeitenden und arbeitslosen Kollegen unfres Berufs treiben zu können (wie es von ihm bei Tarifverhandlungen schon einmal gegenüber Maschinenbauern und Handsehern versucht worden ist), dann wird ihn die Zeit darüber belehren, daß wir das Solidaritätsgefühl und die organisatorische Verbundenheit unserer Gesamtkollegen richtig eingeschätzt haben, wenn wir ihm in unserm ersten Artikel erklärten: „An der Solidarität der Buchdrucker gibt es nichts zu rütteln!“ Denn auf dieses Ziel waren und sind ja die Niemißschen Fehlleistungsphantasien in der „Zeitschrift“ nur abgestellt.

Wirtschaftsabschlag

Wenn die bis jetzt noch nicht vollständig vorliegende Geschichte des Verbandes der Deutschen Buchdrucker über das letzte Halbjahrhundert seines Bestehens noch einigen Jahrzehnten eine Erweiterung erfahren wird, können die betreffenden Historiker an der Tatsache nicht vorübergehen, daß die Zeit der schwersten Wirtschaftskrise ein kleinliches, egoistisches Unternehmertum vorfand, das mit den unvermeidlichsten Maßnahmen die Not vergrößerte, während die Organisation der Geistesigen gegen dieselbe Not in einem heldenmütigen Kampfe stand.

Die NSDAP, die Partei der organisierten Lüge, bemüht sich vergeblich, den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems auf das Konto der Arbeiterparteien, vornehmlich auf die SPD, und die Gewerkschaften abzuwälzen, und findet sie in den Reihen bürgerlicher Wähler gläubige Hörer. Mit dem Schlagwort „Marxismus“ lacht sie das Bürgertum von den wachstümlichen Schuldigen abzulenkeln. Ihre Unternehmer stehen in diesem Kampfe der Unvernunft gegen die Vernunft bestimmt nicht auf Seiten der Letzteren,

sonst könnte man sich Maßnahmen nicht erklären, die jedem Menschen, der noch nicht Tobsünder des Kapitalismus ist, die Augen öffnen müssen.

Gewiß kommen heute auch einwandfrei geleitete Betriebe in harte Bedrängnis (nicht zuletzt durch Preisfestschleuderei der eignen Berufsfollegen), und es wäre unrecht, wollte man ihnen die Schuld in die Schuhe schieben, wenn sie sich zu Einschränkungen gezwungen sehen. Daneben gibt es aber Betriebe, die durch Schuld oder Unvernunft an Kenntnissen die ohnehin unglückliche Lage im Gewerbe künstlich verschlimmern. So geschah es, daß bei einer Differenz, die zwischen Personal und Geschäftsleitung entstand und den vielumkämpften Punkt Abbau der Leistungszulage als Ursache hatte, der Unternehmer zu den entlandten Schlichtungsinstanzen des zuständigen Ortsvereins nach den getroffenen Vereinbarungen sagte: „Meine Herren, ich werde meinen Betrieb, weil Sie es nicht anders wollen, so klein stellen!“ Dabei machte er mit der Hand ein Zeichen, um die beabsichtigte Betriebseinschränkung zu demonstrieren. Er hat Wort gehalten. Aber den Umweg einer Betriebsstilllegung — der Betrieb ist in Wirklichkeit nie stillgelegt worden — ging der Personalabbau vor sich, und aus der ehemals stolzen Offizin wurde ein Taubenschlag, trotzdem das in Frage kommende Unternehmen unter dieser Stilllegung am meisten gelitten hat, denn der Ruf der Firma bekam einen Schlag, von dem sie sich bis heute noch nicht wieder erholt. Das selbe Unternehmen kündigte einigen Sehern unter dem zeitgemäßen Vorwand Arbeitsmangel. Die in Frage kommenden Kollegen verließen freitags den Betrieb. Die Hälfte der Entlassenen wurde bereits zwei Arbeitstage später wieder-gescholt. Wohlgeachtet: es handelte sich nicht um Kollegen, die aus schickweise beschäftigt waren, sondern um lang-jährige Mitarbeiter. Muß man angesichts solcher Tatsache nicht von einer künstlich verschlimmerten Not sprechen? Sie sollen wir den Weg aus einer Krise finden, wenn alle Unternehmen im Lande in der gleichen unverantwortlichen Weise arbeiten? Daneben verlangt man von Kollegen, die sich solche Mühseligkeiten gefallen lassen müssen, natürlich Höchstleistungen.

In einem andern Betrieb wurde verkürzt gearbeitet. Die Betriebsvertretung vertrat nach einigen Wochen den Standpunkt, weil die Auftragsbestände wieder angewachsen sei, könne voll gearbeitet werden, und wurde daraufhin vorstellig. Enttäufte Zurückweisung der höchsten Geschäftsinstanzen mit dem Bemerkten, die Geschäftsleitung müsse das doch am besten wissen, und das Zusammentreffen einiger Aufträge sei vorübergehender Natur. Das war am Donnerstag; am darauffolgenden Montag sah sich dieselbe Geschäftsleitung genötigt, die Kurzarbeit abzublenden, weil sich ein weiteres Ausdehnen einfach nicht tragen ließ. Trotzdem wenige Tage vorher Vollbeschäftigung für die Herren untragbar war.

Das sind aber nur einige Proben von Ereignissen, wie sie heute an der Tagesordnung sind. Ein belächeltes Stiefenpferd der Unternehmer, die von den Sorgen der Gefiltschaft nur aus der Bogselschau eine Abnung haben, ist: das Personal muß unter allen Umständen eingeschränkt werden. Weist man auf die Unmöglichkeit hin, weil jeder Mann, auch jeder Hilfsarbeiter, gebraucht wird, dann heißt es so schön: das Lohnkonto ist zu hoch, es muß eingespart werden. Bieleicht haben die Herren im Lohnbuch eine Seite überschlagen und sind in das Gehaltskonto hineingeraten; dann allerdings müßte man zugeben, daß hier wirklich eingespart werden könnte, ohne an Personalabbau denken zu müssen. Denn mit dem Personalabbau gleichzeitig schwindet die Leistungsfähigkeit des Betriebes, und mit dem Sinken der Leistungsfähigkeit hört man die Forderungen des Pleitegeiers durch die Säle rauschen. Nerven behalten, ihr Herren Unternehmer! Jeder abgebaute Arbeiter scheidet im Wirtschaftsprozess als Kaufkraft aus. Die geschwächte Kaufkraft des Volkes bedingt aber immer größere Verschärfung der Not; die ihr allein mit eurem immer noch annehmbaren Verdienst bestimmt nicht wettzumachen imstande seid. Was nicht es, wenn in Pyramont eine Woche Konjunktur herrscht und tausend Gartensofale im Sommer die paar Gasse jählen müssen, weil dem Arbeiter das Letzte genommen worden ist. Wohin sollen wir denn kommen, wenn wir den Weg der Unvernunft weiter gehen? Jeder Abbau im Keinen bringt das Ganze näher an den Abgrund. Heute aber ist es ja: man läßt lieber Stundenlang die Maschinen stehen, um so nur keinen vom Nachweis holen zu müssen. Dabei würden sich die armen

Hilfgelegten Mitarbeiter freuen, wenn sie nur kurze Zeit Beschäftigung fänden; sie würden ja gern auf die Almosen der Wohlfahrt verzichten und sich viel lieber in die Reihen der Menschen begeben, in denen von der Regierung der Sparflinn gewendet werden soll.

Die deutsche Arbeiterkraft und mit ihr die Mitglieder des Buchdruckerverbandes haben sich ernsthaft bemüht, der schlimmsten Not die Spitze abzubrechen; doch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als käme es der Gegenseite, dem organisierten Unternehmertum, nur darauf an, den Zusammenbruch mit Gewalt herbeizuführen.

M a g e b u r g. G. E g n o r.

Außerordentlicher (36.) Mittelrheinischer Gantag

Wenn gut ein Drittel der mittelrheinischen Mitglieder entsprechend einem Antrag der Mitgliederliste Wiesbaden für diese, bisher einzig in unrer Verbandsgeschichte dastehende Tagung votierten, so war es die Unzufriedenheit mit dem Ergebnis der letzten Tarifverhandlungen einerseits, andererseits die immer mehr nach rechts verlagerten politischen Machtverhältnisse im Reich, die eine gefährliche Bedrohung der modernen Arbeiterbewegung besürchten lassen. Eine gründliche Aussprache auf dem Gantag sollte dem tariffischen Unwillen der Mitglieder entsprechenden Ausdruck verleihen und durch sein Verlangen nach Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages die Gelegenheit bieten, für kommende Tarif- und Lohnverhandlungen den Unternehmern die einzuhaltenden Richtlinien zu stecken.

Der Gauvorstand hatte in Anbetracht der Verlegung des Verbandstages in das Jahr 1933 seinerseits in diesem Jahr fällige Gantage ebenfalls in das nächste Jahr verlegt, weil vor dem ordentlichen Verbandstag ohnedies der Gantag stattfinden müsse, und zwar aus inneren Organisationsgründen. Zu der außerordentlichen Tagung in Mannheim am 9. und 10. Juli waren 26 Anträge eingelaufen, die an den Verhandlungstagen noch um fünf erweitert wurden.

Kollege Conrad (Mannheim) eröffnete die Verhandlungen am Sonnabendmorgens 3 Uhr im „Germania“-Saal mit begründenden Worten an die 56 Delegierten und den Verbandsvorständen, Kollegen Kraus (Berlin), Namens des Bezirks Mannheim begrüßte der Vorsitzende, Kollege Schram den Gantag und Kollege Kraus übermittelte die Grüße des Verbandsvorstandes mit dem Wunsch besten Verlaufs der Gantagung.

Nach Wahl einer Mandats- und Titellistenkommission wurde unverzüglich in die Behandlung des Punktes 2 der Tagesordnung: „Die Lage auf dem Tarifgebiet, unter Berücksichtigung der noch bevorstehenden Beschäftigten über „Anlage A“; Sonderbestimmungen; Ortszulassung; Lohnabkommen“, eingetreten, lag doch hierzu der von Wiesbaden gestellte Antrag 1 vor: „Der außerordentliche Mittelrheinische Gantag fordert die schnellste Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages. Der Gauvorstand erhält den Auftrag, sich sofort mit andern Gauvorständen in Verbindung zu setzen, um — entsprechend dem Verbandsstatut — die notwendigen Vorbedingungen zu erreichen. Wird der außerordentliche Verbandstag nicht erreicht, so erhält der Gauvorstand den Auftrag, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß der ordentliche Verbandstag vor den Manteltarifverhandlungen stattfindet.“

Zur Begründung des Antrags führte Kollege Zoff (Wiesbaden) u. a. aus, daß wohl der Verbandsvorstand wie die Gauvorstände in klarer Erkenntnis ihrer großen Verantwortung bei der letzten tariffischen „Vereinbarung“ gehandelt hätten, aber die bisherige Taktik, gegenüber dem Druck des Unternehmertums unrer tariffischen Verhältnisse zu verschleiern, habe seit langem Mißtrauen unter der Kollegenchaft gefäht. Das müsse sich hinsichtlich des Zusammenhalts der Kollegenchaft bitter rächen. Deswegen solle hier in reichlicher Aussprache das Für und Wider abgeklärt werden. Die Erklärung des Verbandsvorstandes und der Gauvorstände in Nr. 40 des „Korr.“ lasse den Kampfesgeist vermissen, jenen Geist, der die Buchdruckerorganisation groß und stark gemacht habe. Wir dürfen nicht warten, bis im letzten Raff jeder Gefährte seine tariffischen Lohn- und Arbeitsverhältnisse reiflos habe, wollten wir uns nicht als Klassenorganisation verlieren. Der außerordentliche Verbandstag müsse das Steuer der Organisation herumreißen und solche „Vereinbarungen“ für die Folge unmöglich machen. Dafür soll die Gantagung die Vorarbeit leisten. Sparanklassengründe dürfen nicht über die Abhaltung eines Verbandstages entscheiden, wenn wir uns in einer so unheilgeschwängerten Gegenwart befinden. Andere Organisationen hätten auch auf Verbandstagen zu den brennenden Fragen der Gewerkschaftsstatistik ihre Entschlüsse gefaht. Die Wiesbadener fordern einen außerordentlichen Verbandstag, weil es höchste Zeit sei, das Steuer herumzuwerfen, um unsre stolzen Buchdruckerfarben nicht verblasen zu lassen!

Weyrich (Mainz) protestierte gegen die letzte tariffische „Vereinbarung“. Die Gehilfenfrage sei immer ausstehend gewesen als die Buchdruckerunternehmer, zu denen in den letzten Jahren auch jene Geschäftsführer der „Konzentration“ zählten, deren krankhaftes Sanierungstalent tüchtige Verbandsmitglieder, die jahrelang dem Unternehmen dienten und für die Rechte der Kollegenchaft stritten, aus dem Betrieb drängte. Gegenüber den schamhaften Tendenzen im Bürgerlichen wie uns nahestehenden Unternehmertum haben wir zu betonen, daß der Gebuldsfaden zu Ende sei und wir wieder in Ehren untergehen wollen als weiterhin zurückzuweichen.

Wir müßten wieder dahin kommen, der übrigen Arbeiterkraft ein Vorbild zu sein.

Gürtler (Darmstadt): Können auch der außerordentlichen Gantag an den zur Kritik Anlaß gebenden tariffischen Verhältnissen nichts ändern, denn Verbandsvorstand und Gauvorstände hätten keine Fühlung mehr mit den Mitgliedern, so hoffe er doch, daß eine gründliche Aussprache neue Wege zeige. Aber die Worte des Gantages müßten auch in Latein der Organisationsleitung umgesetzt werden.

Dommeruth (Wiesbaden) ließ die so allgemein vom Vorredner gegen die Organisationsführung erhobenen Vorwürfe nicht gelten; Sonenpreller sind wir nicht. Wenn eine Vertrauenskrise vorhanden ist, so deshalb, weil man das günstigste Moment zum Handeln der Gesamtorganisation außer acht gelassen wurde; hätte doch die nach dem 30. April vorhandene Bewegungsmöglichkeit unbedingt von der Zentrale ausgenutzt werden müssen. Zerstreuen könne der Verbandsvorstand das Mißtrauen, wenn er von sich aus den Verbandstag entsprechend dem Wiesbadener Antrag einberufe, tue er das nicht, so wäre das kein Vertrauensausbruch. Der schlechte Besuch der Orts- und Bezirksversammlungen sei gerade auf die Vertrauenskrise zurückzuführen. Die begangenen Fehler müssen gutgemacht werden. Das verlangen unsre Mandatgeber, deren Willen wir hier zum Ausdruck bringen.

Schäfer (Wiesbaden) besprach den Verhandlungs-gang der letzten Jahre. Die gelegentlich der letzten Manteltarifverhandlungen eingeschlagene Taktik unrer Unterhändler fand in ihrem ersten Teil den ungeteilten Beifall der Mitglieder; man hätte erwarten dürfen, daß diese Methode konsequent bis zum Abschluß der Verhandlungen am 14. Mai eingehalten worden wäre. Die Zukunft darf unter keinen Umständen weitere Verschlechterungen bringen. Die Kollegenchaft und insbesondere die von Wiesbaden werde den entscheidenden Kampf dagegen führen.

Pulkowski (Wiesbaden): Sicher sei die betonte Vertrauenskrise vorhanden. Eine Wirtschaftskrise bestimme gar nicht, seien doch genügend Produkte vorhanden, nur seien die Unternehmer über das Maß unrer Ausbeutung nicht einig. Die Bourgeoisie diktiere die Not den Massen, und diese glauben auch, die Wirtschaftsnote sei unumgänglich, und flügen sich dem Hunger. Von oben herunter wird bei uns flau gemacht, heißt es doch immer, wir wären zu schwach. Das ist aber nicht wahr: wir können und wollen kämpfen. Die Masse will geführt, nicht verführt sein. Die „Korr.“-Redaktion habe den Wiesbadener Versammlungsbericht durch Streichungen abgeschwächt. Auch müsse der Gauvorstand wissen, daß das Wiesbadener Zirkular mit Einzelnennungen noch keine Antragsstellung gewesen sei; erst hätte man die Richtung der Fragebogen abwarten sollen, statt mit dem Gauzirkular eine Gegenstimmung gegen den außerordentlichen Gantag zu erzeugen. Das sei die „Korr.“-Redaktion der Reichstagesitzung. Die Kritik unter den Mitgliedern müsse dahin gehen, daß die Führer des Kontakt mit den Mitgliedern verstanden hätten. Das sei bei dem Abstand zwischen den Geschäftern und dem tariffischen Lohn bittere Wahrheit. Ein wahrer Führer geht auf Geduld und Beredsamkeit mit den Mitgliedern. Der Verbandstag müsse einberufen werden, weil die Mitglieder einen solchen wollen; der endgültige Entscheid durch die Gauvorstände müsse abgelehnt werden.

Verbandsvorstand Kraus führte u. a. aus: Die Annahme, daß im Reich die gleiche oppositionelle Stimmung herrsche wie in Wiesbaden, sei bestimmt falsch. Berechtigterweise könne doch nicht behauptet werden, daß die tariffische Vereinbarung vom 14. Mai eine schmähsliche Abmachung sei, würden doch gegenüber dem vorhergehenden Schiedspruch nebenswerte Verbesserungen in der Festlegung der täglichen Arbeitszeit erzielt. Tausende Kurzarbeiter erhielten bis zu 36 Wochenstunden für ungenutzte Ferientage, und das Kostgeld für Lehrlinge konnte um einiges verbessert werden. Die Behauptung sei falsch, wonach die letzten zehn Jahre nur Verschlechterungen gebracht hätten. Der Verbandsvorstand habe doch nicht die Macht gehabt, die Inflation zu verhindern. Nach der Inflation haben wir in aufsteigender Linie den Lohn aufgebaut, und noch auf dem Frankfurter Verbandstag wurde dem Verbandsvorstand das Vertrauen einstimmig ausgesprochen. So sei es auch in den andern Gewerkschaften. Verbandstagen fanden in diesem Jahr doch nur statt, wo solche teils im Vorjahr in das Jahr 1932 verschoben wurden. Zum Kampf werde es auf der ganzen Linie kommen, wenn der Wunsch der Unternehmer, von den Tarifverträgen loszukommen, zur Wirklichkeit wird. Set uns Buchdruckern auch das Schlichtungswesen gewiß oft lästig, so bedeute es doch einen Vorteil, im Gesamtfragen der gewerkschaftlichen Bewegung gesehen. Dem kollektiven Arbeitsvertrag drohen aus den gewandelten politischen Machtverhältnissen große Gefahren. Was die Dezember-Notverordnung ganz allgemein an Verschlechterung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse brachte, konnte auch durch den Verbandsvorstand nicht verhindert werden. Sind wir doch auch nachts gegenüber der Rechtsprechung, wie die Schandensatzklage im Königsberger Fall dartue. Selbst der Revolutionär Trocki habe gewarnt vor einem Sturz der Regierung Brüning, weil die Folge das Regiment des Faschismus sein würde und damit das Auslösen der modernen Gewerkschaftsbewegung. Der Gesamtangriff des Unternehmertums gegen alle Tarifverträge wie gegen die Arbeiterbewegung überhaupt sollte doch wohl Anlaß sein, den von den Gegnern der Arbeiterklasse geflüchteten gedächerten geschäftlichen Angriffen auf die Funktionäre der Gewerkschaften in den eignen Reihen entgegenzutreten. Auch die Führer und Funktionäre der Arbeiterbewegung haben ihre persönliche und Arbeiterrechte. In bürgerlichen Kreisen fable es von den „hohen Buchdruckerlöhnen“. Wie jede

Tariffbewegung den Stempel der Zeit trage, so galt es bei den Frühjahrsverhandlungen, in hartem Verhandlungskampf zunächst den Gehaltssteigerungen der unrer Unternehmervorstände niederzujagen, von dem ja auch wirklich nur ein kläglicher Rest übriggeblieben ist. Die hart umkämpfte Ferientagebegünstigung ist gewiß nicht den Köpfen der Gehilfenunterhändler entsprungen, denn diese absurde Idee entstand im Reichsarbeitsministerium und wurde in der Schlichterbeprehung vom 15. April als Richtlinie aufgestellt. Bei der Vereinbarung ist diese für die Kollegenchaft am härtesten fühlbare Verschlechterung auf das irgend noch erreichbare Maß zurückgeschraubt, den Kurzarbeitern dabei noch eine Verbesserung gebracht und das Ganze auf das Nothjahr 1932 begrenzt worden. Einen Kampf hätten wir nicht mehr als die Buchdruckerunternehmer selbst zu führen, aber eine verantwortungsbewußte Organisationsleitung hat dabei auch noch viele andere recht reale Dinge zu prüfen. Wenn die Organisation ihr alles einsehen soll, dann ist auch das Objekt in Vergleich zu den aufgewendeten Mitteln zu stellen. Redner ging hierbei auf die sozialen Hilfsverpflichtungen ein, die der Organisation durch ihre Unterhaltungsweize besonders im Hinblick auf das riesige Heer der Arbeitslosen erwachsen. Allein in den Jahren 1930/31 sind 23,6 Mill. M. an Unterhaltungen an die Mitglieder zurückgeflossen. Wir zweifeln keinen Augenblick an der Solidarität der Arbeitslosen, nichtsdestoweniger muß aber auch ihre an der Grenze des Hungers stehende Lebenslage Berücksichtigung finden und ihnen die weitere Hilfe der noch Arbeitenden gesichert werden. Die Tatsache, daß wir bei Ablehnung der Vereinbarung einen besten Manteltarif unmöglich erhalten hätten, rechtfertigt die Haltung des Verbandsvorstandes und der Gauvorstände und würde auch von einem Verbandstag der Organisation gebilligt werden. Schließlich sei nur der Verbandstag zuständig dafür, dem Verbandsvorstand und den Unternehmern das Vertrauen oder Mißtrauen zu bekunden. Auch die Wiesbadener wie die andern Delegierten dieses Gantages müßten erkennen, daß das Beste für die Kollegenchaft unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen von den Gehilfenunternehmern gewollt worden sei. Diese Erkenntnis werde auch wieder zum gegenseitigen Vertrauen führen.

Nunmehr wurden die Verhandlungen des ersten Tages abgebrochen, und alle Teilnehmer des Gantages beteiligten sich an dem Demonstrationzug der „Eisernen Front“, der mit seinen etwa 25 000 Teilnehmern einen nachhaltigen Eindruck hinterließ.

Die Verhandlungen am Sonntag begannen bereits um 8 Uhr früh. Den Reigen der Diskussion eröffnete Kollege Kraus (Darmstadt), der wünschte, daß mehr Arbeitslose Kollegen zum Gantag delegiert wären. Der Jahrestag müsse mit andern Mitteln als dem Stimmzettels bekämpft werden. Der „Korr.“ müsse die Kampfpunkte ausgeben. Angesichts der Morbidität der Mitglieder müsse unter dem Drei-Pfeil-Zeichen der Kampfeswille angehemmt durch die Führerschaft neu entzünden.

Reise (Darmstadt) kritisierte die Verbandsbürokratie. Vor der Tarifverhandlung machte der „Korr.“ mobil, nach der „Vereinbarung“ blies er ab, und die Mitglieder verfielen in die alte Letzargie. Von der Biergiltundenmache sei es auch still geworden, selbst in den Parteivernehmungen verschlechterten sich mehr und mehr die Arbeitsverhältnisse. Wenn uns die Jugend weniger folge, so sei daran das Zwielicht der Bildungssimmel, wie es bei uns betrieben werde, die Schuld. Der Industrieverband müsse alle graphischen Organisationen einschließen. Die Arbeiterchaft müsse an einem Strang ziehen. Ein Kampf müsse nötigenfalls auch ohne Unterstützung geführt werden. Dem Unternehmertum sei zu bedeuten: Wis hierher und nicht weiter!

Tomaj (Mainz) kritisierte die tariffischen Vereinbarungen und verlangte für die Folge Ablehnung jeder Verschlechterung. Die namentliche Abstimmung für die Einberufung dieses außerordentlichen Gantages wäre nicht am Plage gewesen.

Solkart (Darmstadt) erklärte, daß die Darmstädter Kollegenchaft aus innerer Überzeugung für die Einberufung des außerordentlichen Gantages gestimmt hätte, weil sie endlich den Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenslage mit allen Mitteln geführt wissen wolte. Müßten wir im Krieg für den Kapitalismus kämpfen und schließlich Millionen sterben, so wollen wir mit nicht weniger Aufopferung für unsre eigne, die Sache der Arbeiterklasse, kämpfen. Im Gegensatz zu Kraus' Ausführungen war der Redner der Meinung, daß die Unternehmer des Buchdruckergewerbes im Mai vor einem Streik der Gehilfenchaft gezittert hätten. Da wäre es angebracht gewesen, ihnen zuzurufen: Jetzt Schlut mit dem Elend!

Gutruend (Darmstadt) vermißt seit langem die Betonung des Klassenkampfstandpunktes in der gewerkschaftlichen Führung, streifte die politischen und die Lohnverhältnisse im Vergleich zur Lebenshaltung und erklärte im Gegensatz zu andern Ausführungen keine baldige Hebung unrer Existenzverhältnisse.

Zu den gesamten unter diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden Anträgen führte sodann Kollege Kraus im Sinne des Gauvorstandes etwa folgendes aus: In den Stichworten Wirtschaftskrise — Vertrauenskrise — Herumreißen des Verbandssteuers stecken sich die Unwillensäußerungen der Debattebetreiber zusammenzufassen. Seiten auch die gezogenen Schlüsse nicht immer einseitig, den Ursachen der Wirtschaftskrise müßte aber schon tiefgründiger nachgespürt werden, um vor irigen Folgerungen über die nun jahrelange Wirtschaftskrise in Deutschland bewahrt zu bleiben. Unter den gegenwärtigen politischen Machtverhältnissen seien bessere Tarifabschlüsse

wohl nicht zu erreichen; resultierten die Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse doch trotz aller Ungunst des Arbeitsmarktes erst aus der Zeit nach der Demission des Kabinetts Hermann Müller. Unter diesen Umständen müßte es als eine Ertrugenspflicht bezeichnet werden, wenn es uns Buchdruckern gelang, den Lohn noch bis Ende 1931 zu halten. Wohl mag die technische Entwicklung im Gewerbe den Weg zum Graphischen Industrieverband ebnen, ob damit auch ideale wie materielle Vorteile für die Buchdrucker sich einstellen, sei heute nicht ohne Einschränkung zu beantworten. Eine Urabstimmung nach Mantel- und Lohn tarifverhandlungen, selbst nur dann, wenn solche nur bei etwaigen Verschlechterungen ausgeführt werde, werde nicht in jedem Fall die so vielfach gewünschten Garantien bieten. Ähnlich sei es auch mit den sofortigen Maßnahmen, die der Gau Mittelrhein nach dem Antrag Wiesbaden treffen sollte, um weitere Verschlechterungen des Mantel- und Lohn tarifs zu verhindern. Die Greifbarkeit des Gaurvermögens sei keine einfache Sache, wenn die Vorgänge auf dem internationalen Geldmarkt mit seinen ungeheuren Erschütterungen in Deutschland in Erinnerung gerufen werden, was Redner des nähere darlegte. In den von den Gewerkschaften und der SPD. in der Nachkriegszeit erungenen Gesetzen auf sozialpolitischem Gebiet bräde sich der moderne Klassenkampf der Arbeiterschaft aus. Einiges mehr wäre schließlich auch noch erreicht, wenn die von bewussten Gegnern der Arbeiterbewegung angeführten Verdrängungen gegen die Führer der Gewerkschaften nicht den erwünschten Boden in den Gewerkschaften gefunden hätten. Erst wenn die Arbeiterschaft und nicht zuletzt ihre Kollegen einsehen, daß solche Art der Vertrauenskrise zwischen Massen und Führer kaum bessere Lebensbedingungen bringe, werde eine rein sachliche und objektive Würdigung jener Maßnahmen platzgreifen, die eine verantwortungsbewußte Gewerkschaftsleitung nach aufreibenden Verhandlungskämpfen getroffen hat. Wenn in gedachtem Sinne die Goutagsausprache verlaufe, bedürfte es keiner Herumtreibung des Verbandstellers aus einem außerordentlichen Verbandstag, wie Wiesbaden es will, denn Kapitän und Steuerleute des Verbandsschiffes sind sich des rechten Weges bewußt.

Reinwald (Neustadt) hielt den außerordentlichen Goutag nicht für begründet. Die Befragung durch den Gaurvorstand sei wohl nicht zu kritisieren. Gewiß habe die tarifliche Vereinbarung die Kollegenchaft leidenschaftlich aufgepeitscht, doch könne unmöglich behauptet werden, daß die letzten zehn Jahre uns nur Verschlechterungen gebracht hätten. Die Einberufung des Verbandstages sei wohl schon im Hinblick auf den Ausgang der Reichstagswahlen begründet. Zustimmung sei auch, daß nach Tarifverhandlungen, die eine Verschlechterung enthalten, eine Urabstimmung statthabe, auch daß die Berichterstattung an der Bezirksvorstands durch den Verhandlungsteilnehmer der Folge. Die Verunglimpfungen der Funktionäre, die seit Jahren ihre volle Pflicht tun, müßten endlich unterbleiben, wie auch die Anträge bezüglich der Gehälter der Unternehmern nur Material liefern. Daß die Nazioten von der Mitgliedschaft im Verband ausgeschlossen sein sollen, finde seine Zustimmung.

Müller (Mannheim) hielt die Urabstimmung zum Goutag für nicht demokratisch, weil damit eine Beeinflussung der Abstimmenden gegeben sei. Die Entschließung der erwerbslosen Wormaler Kollegen, die den außerordentlichen Goutag für überflüssig halten, finde nicht seine Zustimmung. Auch sei ein außerordentlicher Verbandstag notwendig. Wir müßten mehr Kampforganisation sein. Nur wegen Beitragsstreifen ausgeschlossene Mitglieder dürften nicht mehr aufgenommen werden.

Mißel (Ludwigshafen) wandte sich gegen die abschließlich in unsre Reihen getragene Sache gegen die Funktionäre. Ginge ein Streik verloren, würde sich auch wieder

alle Mut gegen die Führer richten. Die Handhabung der Berichterstattung über Tarifverhandlungen müßte auch ferner genügen, wenn aus den Bezirksvorsteherkonferenzen auftretend in den Versammlungen das erhaltene Bild vermindert würde. Für Ausschließung der Nazis aus dem Verband sollten wir sein.

Kreuter (Worms) wandte sich ebenfalls gegen die Begeisterung der Funktionäre in der Arbeiterbewegung. Noch heute seien nicht allerorts die tariflichen Verhältnisse reiflos vorhanden, und zwar durch die Schuld der Kollegen selbst. Oft wird erst durch das Eingreifen des Gaurvorstehers ein tariflicher Zustand wieder hergestellt. Unser Lohn hänge nicht wenig vom Stimmungsettel ab. Im Wiesbadener Radikalismus liege nicht wenig Stimmungsmache.

Kulowski (Wiesbaden) bemerkte zu den Ausführungen des Kollegen Kraus, daß der letzte Tarifabschluß gerade weil er freiwillig von der Gehilfenvertretung getätigt wurde, als schmählich zu bezeichnen sei, so etwas sei doch einzig in der Verbandsgeschichte. Auch sei die Verbesserung des Feriengebietes der Kurzarbeiter nur eine scheinbare, in Wirklichkeit bleibe es eine Verschlechterung. Zum Verbandstag müßten mehr Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis delegiert werden. Der Redner fragte den Kollegen Kraus, was der Verbandsvorstand tun werde, wenn uns der Kampf aufgezwungen werde? Tun die Führer nichts, würden die Mitglieder selbst handeln.

Kauf (Heidelberg) meinte, daß die bisherige Begründung der gestellten Anträge durch ihre Beschränkung noch nicht den Beweis geliefert habe, daß dieser Goutag eine Notwendigkeit wäre. Zum Kampf gehöre auch Taktik, und solche haben unsre Führer stets in bester Weise bewiesen. Sind nicht auch bei Tarif- und Lohnverbesserungen die Kollegen unzufrieden gewesen? Die Nazis sollten bei uns nicht zugelassen sein.

Maß (Kaiserslautern) bemerkte, die Scharte der letzten Tarifvereinbarung würden wir schon wieder ausweichen bei- für uns günstigeren Voraussetzungen; heute sei die Kurzarbeit doch stärker vorhanden, als alle Statistiken dies festhalten. Der Redner hätte lieber gesehen, wenn nach den Wahlen 1930 das Zentrum mit den Nazis die Regierung gebildet und damit die Verantwortung für all das Geschehen selbst dem getragen hätte.

Janen (Mainz) fragte, was im Herbst geschehen solle. Nämlich wir keine andere Stellung ein als bisher, dann seien wir begraben. Wir können nicht evolutionär sein, wenn die Unternehmern revolutionär sind. Im Kampf brauchen wir nicht ohne Unterstützung zu sein, wenn die Führer selber Opfer brächten. Das müßten sie tun, soll die Bewegung nicht über die den Weg nehmen.

Kunze nahm Gaurvorsteher Conradi das Wort, um etwa folgendes auszuführen: Wie der seine Pflicht als Gewerkschaftsführer voll erfüllende Kollege Kraus, betenne auch er sich voll verantwortlich für das Ergebnis der tariflichen Vereinbarung. Der Stimmung der Mitglieder könne leider nicht immer Rechnung getragen werden. Die Vertrauenskrise entspreche durch die Heße unserer Gegner, und unsre Kollegen lassen sich mißbrauchen. Wir Führer und Funktionäre des Verbandes führen wir uns einig mit der Kollegenchaft. Wenn heute die Nazis auch die Gewerkschaften zu zerlegen suchen, dann sei in erster Linie der seit 12 Jahren getriebene Bruderkrieg die Schuld. Bereiten wir die Kollegenchaft auf die folgenreiche Entscheidung des 31. Juli vor. Auf dem Leipziger Verbandstag habe er die Urabstimmung über den Industrieverband bejaht, obgleich er wußte, daß die Mehrheit der Kollegenchaft die Industrieorganisation ablehnen würde. Die Befragung zum außerordentlichen Goutag sei durch den Gaurvorstand nicht beeinflusst worden. Haben wir mit der Namensunterschrift doch nichts anderes getan, als was Wiesbaden, ohne den Gaurvorstand zu informieren, mit seinem Rundschreiben und anhängender Einzelnungsliste betrieb. Zu

dem Schreiben der Wiesbadener sei doch für jeden klar zu sehen, daß die Mitgliedschaft den Antrag stelle auf die Einberufung des außerordentlichen Goutages. Ein außerordentlicher Verbandstag lauge vor den Mantel tarifverhandlungen erfülle seinen Zweck nicht. Würde der Gau Mittelrhein in einer eignen Urabstimmung hierfür eine Mehrheit aufbringen, müßte gleiches noch von zwei andern Gauen des Reiches erfolgen usw. Die Tarifverhandlungen wären am 14. Mai aufgelöst, wenn jeder Vereinbarung nicht zugestimmt worden wäre. Er habe nichts dagegen, wenn zu den bevorstehenden Verhandlungen über die Ortszulassung statt seiner eben ein Bezirksvorsteher hingehe. Bezüglich der Anträge über persönliche Kieferate bemerkte der Redner, daß das von ihm zuviel verlangt sei in Anbetracht seiner geschwächten Gesundheit. Auch liege der Schwerpunkt seiner Arbeit wohl nicht in Vorträgen, sondern in der Abstellung tariflicher Konflikte. Mit gebundenem Mandat könne man auch nicht einen Verbandstagsteilnehmer schicken. Schafft wieder gegenseitiges Vertrauen, und es ist manches besser!

Witz (Wiesbaden) meinte, daß für den Verbandsvorstand doch Möglichkeiten bestanden haben müßten, den Königsberger Konflikt zu unterziehen. Die Kollegenchaft schickt ihre Vertreter zwar nicht mit gebundenen Aufträgen in die Verhandlungen, verlangt aber, daß ihr Wille vertreten wird. Von einer Unterstützung im Ausland könne erst die Rede sein, wenn die staatliche Unterstützung aufhöre.

Nach Annahme eines Schlussantrags nahm nochmals Kollege Raub das Wort, um in längeren Darlegungen die Situation im Gewerbe und damit auch in der Organisation darzulegen. Wenn auch die Diskussionen nicht selten die Realitäten des Lebens außer acht gelassen haben, so werde die leidenschaftslos und gewisse Sachlichkeit nicht entbehrende Auseinandersetzung doch dazu beitragen, daß gegenseitiges Vertrauen in die Zwangslagen wieder aufkommt. Wohlbegründete Erwägungen liegen bei der letzten Vereinbarung von einer Urabstimmung absehen, und gleiche Erwägungen waren es auch, die die Gaurstände bestimmten, für dieses Jahr von einer Verbandstagung abzusehen. Können auch im voraus nicht gesagt werden, wie die Organisation bei bevorstehenden Kämpfen taktieren werde, fest stehe, daß Vorbereitung getroffen werden müsse für die großen uns bevorstehenden Auseinandersetzungen. Hierfür günstiger Voraussetzungen zu schaffen, sei am 31. Juli die Gelegenheit bei der Stimmgabe zum neuen Reichstag. Und daß die Arbeiterschaft die großen Gefahren erkannt habe, dafür dürften die in überwältigender Anteilnahme ausgeführten Demonstrationen der letzten Wochen nicht die auch vom ADGB getragene Eisene Front ein gutes Omen sein. Im Geist der Kameradschaft von Massen und Funktionären werde die Arbeiterschaft allen Gefahren zum Trotz sich eine bessere Zukunft gestalten.

Die nun folgenden Abstimmungen über die Organisations- und Tarif betreffenden 11 Anträge ergaben die folgende Meinung des Antrags auf Einberufung des außerordentlichen Verbandstages, wie des Darmstädter Antrags, den freiwilligen Arbeitsdienst betreffend, desgleichen auch des Antrags Darmstadt, der den Gewerkschaften andre Formen des Klassenkampfes zuweisen wollte. Abgelehnt wurde auch der Teil der Mainzer Entschließung, der von „Korr.“ und den Gau- und Bezirksmitteilungen „einfeltige“ Parolen ferngehalten wissen wollte. Angenommen wurde der zweite Teil der Mainzer Entschließung, wonach der ADGB die Einheitsfront ernstlich betreiben solle; desgleichen die Anträge Wiesbaden und Mannheim bezüglich der Urabstimmung nach Tarifabschlüssen; der Antrag auf Schaffung des Graphischen Industrieverbandes (Wiesbaden); der Darmstädter Antrag, wonach wegen Kosten ausgeschlossene Mitglieder nicht mehr aufgenommen werden sollen und Mit-

Das Prinzip der sittlichen Freiheit

Das Freiheitsstreben aller Menschen ist eine Manie, die zu unerhörten Täuschungsombinationen verleitet. Freiheit lebt es in aller Munde, d. h. jeder wünscht die Befreiung von irgendeinem Zwang, der gerade ihm lästig und drückend erscheint. Jedes Volk wünscht Freiheit vom Joch der Fremdherrschaft. Eine Volksgruppe will privatwirtschaftliche Freiheit, eine andre sozialwirtschaftliche Freiheit, jenem Menschen schwebt individuelle Handlungsfreiheit, die vor Menschen Freiheit von Arbeits- und Lohnsklaverei vor. Wer zählt die Zahl der Freiheitswünsche, die jeder Brust entkeimen? Daß es aber im Menschenleben überhaupt keine wirkliche Freiheit des Wollens, Erlebens und Handelns gibt, ist wohl den meisten Menschen unbekannt. Wer in der sogenannten Freiheit ein „Zun und Lassen“ nach eignen Wünschen sieht, muß naturgemäß immer sehr bald auf Widerstände stoßen, die eine kaum erzogene „Freiheit“ wiederum nur als einen Hort neuer Bindungen erkennen lassen. Schon wieder legt die Freiheitssucht ein, um diese Bindungen erneut zu lösen, und einer neuen Freiheit zugustehen, d. h. neue Bindungen einzugehen, die ebenso bald wieder als lästig und freizheitsraubend empfunden werden müssen. Eine Willkür-Freiheit — d. i. eine Sucht nach eigenwilligem, unpflichtigem „Zun und Lassen“ — gibt es auf der ganzen Welt nicht. Mit der falschen Freiheitssucht ist die ganze Menschheit verpestet und in Ketten geschlagen.

Das Leben kennt eben nur Bindungen, die es fördern oder zerstören, und man kann bestenfalls diese Bindungen als naturnotwendig erkennen. Lebenfördernde Handlungsweisen bedeuten lediglich ein Eingehen auf für dieses notwendige Bindungen. Wohl besteht engbegrenzte Freiheit in Ermögungen auf Bindungsverlagerung oder -umlegung,

eine sogenannte Wahlfreiheit auf Bindungen; aber an den mitengefangenen Wirkungen solcher Bindungen werden wir bald erkennen, ob sie für uns guter oder böser Natur sind. Wir werden entsprechende Bindungen deshalb sehr bald als angenehm oder lästig empfinden, und die Folge davon ist, daß wir bei angenehmen Bindungen glauben, das Ziel unserer Wünsche — nämlich die Freiheit — erlangen zu haben, während wir bei lästigen oder üblen Auswirkungen der selbstgewählten Bindungen sehr bald die neuen Unfreiheiten erkennen. Was das Prinzip der Freiheit hört oder aufstößt, das ist der Zwang. Statt daß wir fälschlich sagen, „wir wollen Freiheit“, müßten wir eigentlich sagen: Wir wollen einen neuen Zwang. Klar wird uns als Buchdrucker das sofort, wenn wir dies auf unsern Tarif umlegen: „Die Tarifgemeinschaft ist eine Zwangsgemeinschaft in Rechten und Pflichten und in Freiheiten und Bindungen für Prinzipale und Gehilfen.“ Ist doch bei dem Gedanken an Freiheit leider auch immer der irrtige Glaube an Zwangslosigkeit verknüpft. Die Folge davon sind dann die hausofenen Enttäuschungen, wenn wir das neue Gefühl der langerbundenen Freiheit erkennen, denn in dieses Gefühl sind eben ganz deutlich die Füge des Zwanges eingegraben, der ihr Dasein im Wesen voraussetzt. Das aber sind wiederum die neueingegangenen Bindungen, die einer Erfüllung entgegenstehen. Bindungen aber erfüllen, ist pflichtige Arbeit.

Arbeit aber im Sinne der Pflichterfüllung kostet ein hohes Maß sittlicher Überwindung und Selbstverleugnung, zumal für eine Arbeiterschaft, die um großen Lohnes willen solche Bindungen übernimmt. Von Natur auf gibt es für den Menschen keinen Arbeitstrieb, man kann bestenfalls von einem Spieltrieb sprechen. Arbeitsleistung erfordert Schulung, Selbstüberwindung, Selbstzucht, Gewöhnung. Arbeit muß anezogen werden, sie wird besonders

von jungen und ungeklärten Menschen immer für die Zeit ihrer Dauer als Zwang empfunden. Uns diesem Gegenkessel von Bindungen kann nichts herausretten als nur die klare Erkenntnis von ihrer geschnägigen Naturnotwendigkeit.

Das Leben stellt eine Reihe von Bindungen — nicht Freiheiten — dar, die entweder erfüllt oder abgelehnt werden. Abgelehnte oder nur halberfüllte Bindungen legen neue Bindungen voraus, und das Gaukelspiel beginnt von vorn. Der bewußte Mensch macht mit diesem Gaukelspiel bald ein Ende, er sieht seine Bindungen, schadet sie ihrer Natur nach in „Zwangs-“ und „Wahl-“bindungen. Die Zwangsbindungen, soweit er sie zunächst nicht ändern kann, trägt er mit weiser Geduld und sucht ihre günstige Seite zwecks reibungsloser Anpassung herauszufinden, um seine Handlungen danach positiv einzustellen. Die Wahlfreiheiten sind nicht ausschließlich äußerem Zwang entzogen, sondern irgendein Zwang hat noch gewisse Wahlfreiheit nach dieser oder jener Richtung gelassen. Diese „Freiheiten“, persönlich eigengeschaft bedingten Bindungen, aus der Wahlfreiheit entzogen, sind im Moment ihrer Wahl zu Zwangsbindungen geworden. Jeder Zwang ist ein Mißfallen, und jedes bedeutet Unfreiheit, wenn wir Zwang und Mißfallen nicht in ein selbstgeignetes Wollen umgestalten. Zudem wir wollen, was wir müssen, werden wir erst innerlich frei. Aber innerliche Freiheit bedeutet Willensgewalt, d. h. daß unsre Handlungen, durch unsern Willen, ihre naturnotwendige Richtung einschlagen und ein selbstgewähltes, positives Geschehen erkennen lassen, das aber ist dann die sittliche Freiheit, wenn man von einer Freiheit reden will.

Rürnberg.

Wihelm Benjesl.

Das Buchgewerbe im Ausland

glieder der NSDAP, von der Mitgliedschaft ausgeschlossen sind. Der Wiesbadener Antrag betreffs sofortiger Maßnahmen zur Abwehr tariflicher Verschlechterungen wurde dem Gauvorstand als Material überwiesen. Ein Antrag Kaiserlauren bezüglich der Zeitungsverbote wurde an den Verbandsvorstand überwiesen.

Die bereits weit vorgeschrittene Zeit ließ es angebracht erscheinen, das für und wider der zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Angelegenheiten des Gauess“ vorliegenden 15 Anträge in auf je zehn Minuten begrenzter Redezeit zu behandeln.

Der Antrag Wiesbaden:

„§ 6 Abs. 2 des Gaustatuts erhält folgende Kommentierung: Zur Erlangung eines außerordentlichen Gautages bedarf es nur des Nachweises eines Drittels der Gauamitgliedschaft. — Die Bezirks- und Ortsvorstände, denen Einzelnachweisungen zugehen, die zum Ziele haben, einen außerordentlichen Gautag einzuberufen, sind verpflichtet, diese Listen in Umlauf zu setzen und an die Antragsteller pünktlich zurückzugeben.“

wurde, obgleich in den vorhergehenden Auseinandersetzungen öfter mit behandelt, nochmals von Wiesbaden begründet und nach Entgegung durch Kollegen Kraft vom Gauvorstand mit 35 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Die Entschließung der erwerbslosen Wormser Kollegen, die den Standpunkt des Gauvorstandes billigen, wurde zur Kenntnis genommen. — Die Anträge auf Herabsetzung des Gaubetrages bzw. Geldbewilligungen aus der Gaufasse wurden jeweils von den antragstellenden Vereinen begründet und nach summarischer Entgegung durch einen Vertreter des Gauvorstandes in folgender Weise verabschiedet: Antrag Darmstadt auf Herabsetzung des Gaubetrages wurde zurückgezogen, Antrag Wiesbaden betreffend „Eiserne Front“ angenommen. Der Antrag Mainz-Darmstadt, den Kollegengangsvereinen vierteljährlich pro aktiven Sänger 1 M. zuzuführen, wurde angenommen. Der Antrag Mannheim, wonach an ausgefeuerte und nichtbezugsberechtigte Arbeitslose wie nichtbezugsberechtigte Invaliden eine außerordentliche Unterstützung gegeben werden soll, wurde angenommen und damit in Verbindung dem Gauvorstand ein Antrag Mannheim überwiesen, der den gemäßregelten Kollegen nach der Aussteuerung noch 5 bis 20 Wochen die volle Ortsunterstützung aus der Gaufasse zupredigen wollte. Dem Antrag Wiesbaden, daß bei vom Gauvorstand einberufenen Konferenzen auch die geladenen Spartenvertreter die Diktien erhalten, wurde gleichfalls zugestimmt. Abgelehnt wurde der Antrag Wiesbaden, wonach außerordentliche Geldbeiträge der Gaufasse möglichst in Konsumgütern zu gewährleisten sind.

„Fünf Anträge, die sich über die Gehälter der Angestellten ausließen, wurden in jeweiliger Begründung durch die Antragsteller und nachdem als Vertreter des Gauvorstandes Kollege Gelez (Ludwigshafen) und Kollege Kraft gestrichelt, wie auch Kollege Krauß in längeren Ausführungen eingegriffen hatte, als für den Gautag nicht zulässig abgelehnt. Zur Kenntnis genommen wurde eine von den Kollegen Conradi und Kraft dem Gautag unterbreitete und von allen ehrenamtlichen Mitgliedern des Gauvorstandes gegengezeichnete Erklärung, die Bezug nimmt auf die Beschlüsse des Frankfurter Verbandstages 1929 und darauf hinweist, daß eine Neuregelung der Gehälter nur durch den nächsten Verbandstag erfolgen könne. Sollte jedoch der Verbandsvorstand einer Anregung dieses außerordentlichen Gautages stattgeben und noch vor der Zeit den Gauvorständen eine Neuregelung der Gehälter unterbreiten, würde solcher Vorschlag im Gau Mittelrhein bestimmt Zustimmung finden. Außerhalb einer allgemeinen Gehaltsregelung aber könnten die zwei Angelegten aus Rechts- und Billigkeitsgründen einer Neuverteilung durch den außerordentlichen Gautag ihre Zustimmung nicht geben.

Angenommen wurde weiterhin ein Antrag Mannheim, bezeichnend die Art der Zusammensetzung der Gauvorstandsbesitzer; ein Wiesbaden-Darmstädter Antrag betreffend Vorträge in den Bezirksversammlungen durch den Gauvorsteher, desgleichen der Wiesbadener Antrag, noch in diesem Jahre eine Konferenz der Bezirksleiter und Kreisvorsitzungsmitglieder abzuhalten und alle vier Jahre ein Bezirkstreffen stattfinden zu lassen.

Damit war die reichhaltige Tagesordnung erledigt.

Kollege Conradi betonte in seinem Schlusswort, daß, wenn auch die den Verbandstag und die Einberufung dieses Gautages betreffenden Anträge der Ablehnung verfielen, die insgesamt sachlichen Debatten der zwei Tage doch manches zur Klärung über die Situation auf dem tariflichen und organisatorischen Gebiet beigetragen hätten. Der Ernst der Gegenwart erfordere Einigkeit in all unserm Handeln. Hinweisend auf die machtvolle Demonstration am Sonnabendabend schloß er den außerordentlichen Gautag unter Einstimmung sämtlicher Teilnehmer mit einem dreifachen Freiheitsruf auf den Verband der Deutschen Buchdrucker und die gesamte moderne Arbeiterbewegung, abends 8 1/2 Uhr.

Am Sonntag früh 9 Uhr wurden die anstrengenden Verhandlungen angenehm unterbrochen durch einige Chöre, vorgetragen von den Kollegengangsvereinen „Typographia“ Mannheim und „Gutenberg“ Ludwigshafen. Kollege Conradi dankte im Namen des Gautages.

Nachdem das Schriftführers: „Zusammenfassen werden die Beschiedenen demselben Bericht erstattet, vielfach Enttäuschung und Zustimmung gepaart, erfahren haben. Und doch war es auf dem außerordentlichen Gautag wie bei ähnlichen Tagungen: Selbst vom besten Willen besetzte Delegierte konnten sich letztlich doch der rauhen Wirklichkeit nicht verschließen. Das ist wohl auch die Quintessenz unseres außerordentlichen mittelhessischen Gautages. M. Sch.

Rußland. Zur Ergänzung der in Nr. 51 an dieser Stelle veröffentlichten interessanten Mitteilungen über russische Arbeits- und Lohnverhältnisse in der graphischen Industrie wurde uns von einem enttäuscht aus Rußland zurückgekehrten Kollegen folgendes berichtet: Eine aus den Verhältnissen erwachsene, für die Arbeiterklasse im allgemeinen sehr wichtige Erscheinung ist die sogenannte Fluktuation, d. h. die Abwanderung von Arbeitskräften und der Arbeitsstellenwechsel. Um dies zu verhindern, wurden die Geschäfte angewiesen, mit allen Arbeitern einzelne Verträge, sogenannte Kollektivverträge, abzuschließen. Daß diese Verträge für den Arbeitenden unvorteilhaft sind, und ihm fast jede Möglichkeit zur Veränderung dadurch genommen wird, geht aus dem Inhalt klar hervor, da der wichtigste Punkt des Vertrages die Zurückhaltung des Arbeiters im Betriebe vorsieht, damit ein Wechsel, auch wenn ihm bessere Arbeitsbedingungen und vor allem bessere Bezahlung geboten würde, unterbleiben soll. Jeder Arbeits- oder Stellenwechsel kann nur mit Einverständnis der Direktion oder der Gewerkschaft usw. im Geheime erfolgen. Trotz Afford- und Strohbrigaden wird die Kontrolle der Arbeiter strenge gehandhabt. Stempelfarben oder Markenkontrolle bei Eintritt und Verlassen der Druckerei sind eingeführt. Genaue Aufzeichnungen der geleisteten Arbeit (Arbeitszettel) zwecks Berechnung (Belege über Reparatur, Korrektur usw.) sind unerlässlich, da bei feststehenden Kontrollstempel oder Arbeitszettel für diesen Tag keine Bezahlung erfolgt. Außer diesen sind ein ganzer Stab Aufsichtspersonal wie Brigadiere, Saalmeister, Obermeister, Arbeitskontrolloren und andre tätig, um die Produktion während der Arbeit zu prüfen und eventuelle Mängel zu beanstanden. Zu spätes Erscheinen zur Beschäftigung oder unentschuldigtes Fehlen („Maamachen“) wird strengstens geahndet, und zwar oftmals so, daß eine namentliche Verurteilung an der schwarzen Tafel erfolgt. Wiederholungen enden jedoch mit einer Verzekung in schlechter bezahlte Arbeit oder einer eventuellen Entlassung. Die Entlassung kann äußerst schwere Folgen haben, wie z. B. eine bis zu sechs Monaten ausdehnbare strafweise Arbeitslosigkeit bei Verlust der Lebensmittelfaktoren und Wohnung. Was das bedeutet, wird in späterer Folge (Lebensmittel- und Wohnungsfrage) klar werden. Die schwarze Tafel stellt den Pranger dar. Als Gegenlag dient die rote Tafel. Auf ihr verzeichnet sind jene Arbeiter, die durch besonders gute Leistungen ausfallen, wie Wettbewerbsieger, Strohbrigader usw. Die Tafeln stehen meist am Eingang des Betriebes, können aber auch ganz Fabrikgebäude „schmücken“, da die Aufzeichnung nicht nur namentlich, sondern auch in Lebens- und überlebensgroßen Porträts erfolgt. Die Arbeit selbst ist in den russischen Druckereien durch diverse Umstände erschwert. Am besten schneidet noch die Seherie ab. In der Stereotypie beginnen aber schon ernsthafte Schwierigkeiten. Bleisetz-, Gieß-, Instrumente- und Bearbeitungsmaschinen sind veraltet und verbraucht. Die Leistungen dementsprechend schwierig, ungleicher Guß, schlechtbearbeitete Platten usw. Die Maschinen, meist aus Vorkriegszeiten, sind sehr schmutzig, ausgeleiert, mit und ohne Anlegeapparate, haben unmögliche Formate. Auf diesen gutes „Registernachen“ ist eine Kunst, ein genau passender Druck ein Zufall. Man kann selbstverständlich von Maschinen, die 20 und mehr Jahre in drei und vier Schichten laufen, kaum genauere Arbeit erwarten. Im übrigen sind die Monteure fast mehr als die Drucker an ihnen tätig. Aufzugspapier, Spannbogen und andres sind selten zu erreichen und müssen meist von den Druckern bei Gelegenheit aus Aufträgen „requiriert“ werden. Wie angenehm es ist, jedesmal mit andern Papierstücken Aufzug zu machen, kann man sich vorstellen. Formenschnitten, überhaupt Maschinenschnitten und Werkzeuge jeder Art, rechnen zu vielbezogenen, unzureichenden Artikeln und verschwinden unbeaufsichtigt mit unglaublicher Schnelligkeit purlos. Ersatz ist nicht zu bekommen. Ein Kapitel für sich bilden die Walzen. Der Guß ist infolge minderwertiger Ersatzwalzenmassen selten einwandfrei. Die Walzen sind nach kurzer Dreckzeit „ohne Guß“, zentrifuge Walzen infolge „jorgamer“ Behandlung durch die Hilfskräfte selten. Ähnlich steht es mit der zu verdunkelten Farbe. Vorwiegend sind alle Erzeugnisse mehr oder weniger mit Surrogaten (Ersatz- und Füllmitteln) versehen. Dasselbe gilt auch für selbst produziertes Papier. Es ist meist von minderwertiger Beschaffenheit, enthält mit Vorliebe Sand, außerdem verschiedene Färbung (Farbtöne), ungleichen Beschnitt und viel zerrissene Bogen, was beim Fortdruck besonders unangenehm in Erscheinung tritt, da die elektrischen Mittelvorrichtungen überhaupt nicht funktionieren. Daß die Druckerzeugnisse unter solchen Umständen qualitativ meist nicht auf der Höhe sind, ist einleuchtend.

Um all diese Schwierigkeiten abzuwehren, werden von Zeit zu Zeit unter Mitwirkung der Direktion Versammlungen abgehalten, in denen von Arbeitern, Meistern usw. Mißstände im Betrieb zur Sprache gebracht werden. Alles wird genau durchgesprochen, die Fehler erkannt, von anwesenden Direktor überprüft, protokolliert, angenommen und Abhilfe versprochen. Nur bleibt es meist beim Versprechen. In der Hauptsache sollte die wünschenswerteste Erscheinung die Betriebszeitung außer Hebung des Gemeinschaftsverständnisses, der Solidarität, Erziehung und Hygiene usw. genau daselbe wie die Betriebsversammlungen bewirken, nämlich anzuregen und anzuspornen zur Erhöhung der Arbeitsleistung bezüglich Qualität und Menge. Aber auch hier gibt das bei den vorerwähnten Versammlungen Gesagte, es bleibt bei Worten.

Ob die Ursache in der Natur des Volkes und seinem Charakter liegt, oder die Schuld die Folge einer Überbürdung der Massen ist, wollen wir hier nicht weiter unteruchen. Welchen Einfluß die Fluktuation auf die Qualität der Erzeugnisse hat, kann hier nur kurz angedeutet werden. Obwohl ursprünglich in Druckereien nach erprobtem deutschen Muster (schon in der Vorkriegszeit von deutschen Kollegen angeleitetes Personal) gearbeitet wurde, sind durch die Stückerarbeit und damit verbunden der Drang, mehr zu leisten, mehr zu verdienen, viele Arbeitsgänge zuungunsten der Erzeugnisse geändert worden und zeitigen entsprechende Folgen. Ob Sezerie, Stereotypie, Photochemigraphie, Drucker- oder Buchbinderei, ausnahmslos wird auf Kosten der fertigzustellenden Mengen in qualitativer Hinsicht gesündigt. Dazu kommen die in heimischer Produktion fertiggestellten Materialien, wie Farbe, Papier, in denen sich viel Füll- und Ersatzmittel befinden, die weiter die Güte der Erzeugnisse beeinflussen. Um die durch Affordarbeit im Uebermaß entstehenden Schäden an Produktion, Materialien und Maschinen zu verhindern, sind Betriebs-Arbeitergerichte eingeführt. Diese bestehen aus Vertretern der Direktion, der Gewerkschaft und der Partei. Ihre Befugnisse gehen dahin, über schlechte Leistungen zu verhandeln und zu urteilen. Als Strafe kommen in Betracht teilweise oder gesamte Bezahlung der entstehenden Schäden an Materialien oder Maschinen, je nach der Schwere und Schuld des Schadens auch Entlassung oder Übergabe an höhere Gerichte. Die Abrechnung und Auszahlung erfolgt für alle Arbeitenden monatlich. Für die Abrechnung der Arbeiter ist der Affordtarif maßgebend. Die Auszahlung erfolgt in zwei Raten, die erste im letzten Drittel des Monats in der halben Höhe des errechneten Monatslohnes, die Restrate und Schlussabrechnung folgen etwa Mitte des nächsten Monats. Ein halber Monatslohn bleibt als Sicherheitsgeld im Betrieb. Trotzdem schwanken die Auszahlungstermine oft bis über acht Tage, wenn kein Geld für die Auszahlung zur Verfügung steht. Pflicht jedes Arbeiters ist, bei Staatsanleihen (Luftkriegs-Industrieanleihe) eine seinem Einkommen entsprechende Summe zu zeichnen. Eine Umgehung der Zeichnung ist ausgeschlossen. Die denkbar größte Schwierigkeit bietet die Beschaffung von Lebensmitteln, Kleidung und Bedarfsgegenständen. Der ausländische Arbeiter hat infolge seines Kooperationsbuches in dieser Beziehung allerdings eine bevorzugte Stellung. Für ihn ist eine bestimmte Menge von Lebensmitteln, Kleidung, Schuhe usw. festgelegt, die er auch erhält — wenn die Sachen im Auslandermagazin lagen. Allerdings sind viele Artikel überhaupt nicht, und andre selten zu erhalten. Treffen neue Lieferungen ein, so ist im Augenblick alles ausverkauft. Wer zu spät kommt, hat das Nachsehen. Die gemachten Einkäufe werden im Kooperationsbuch genauwiegend eingetragen. Ausgegollt wird nur die Ware, auf die Anspruch besteht. Aktioniert sind u. a.: Brot, Mehl, Butter, Käse, Fleisch, Geflügel, Fisch, Wurst, Fett, Milch (Anspruch auf letztere besteht nur für Kinder und Kranke, wenn aber genügend vorhanden, kann jeder auf sein Buch bestimmte Mengen erhalten), Zucker, Tee, Reis, Hülsenfrüchte usw.

Gewaltig unterscheidet sich der Einheimische in Bezug auf Verpflegung. Für ihn ist äußerst wenig, und dies meist nur unter großen Schwierigkeiten, zu erhalten. Er ist gezwungen, in den Speisehäusern, sogenannte Stawowaja, zu essen, die an allen Großbetrieben angeschlossen sind und auch vielfach auf verschiedenen Straßen und Plätzen verteilt sind. Gegen Vorweisung einer Legitimation kann man hier sein Mittag- oder Nachtmahl einnehmen. Die Preise für das in den Staloven erhaltene Essen sind im Verhältnis zum Gebotenen und der Entlohnung sehr hoch. Ein Essen stellt sich durchschnittlich mindestens auf einen Rubel (Suppe und Fleischspeise), schwankt aber bis 2,50 Rubel, je nach Qualität. Die Speisen sind aber derart suberitet, daß auch die Einheimischen oft lieber trockenes Brot und etwas Tee zu sich nehmen. Belag für Brot ist kaum erwerbbar. Butter gibt es, obwohl ein Anspruch je nach Berufs-kategorie auf eine gewisse Menge (Buchdrucker monatlich 400 Gramm) besteht, oft monatelang überhaupt nicht. Wurstwaren, Fleisch, Fisch, Fett usw. trotz Karten sehr selten und nur nach Stundenlangem Anstellen. Dasselbe gilt für Kleidung, Schuhe usw. Diese notwendigen Artikel sind außerordentlich schwer zu bekommen. Alles kann man in genügenden Mengen erhalten, wenn man über entsprechende Mittel verfügt. Im freien Marktverkehr gibt es alle Artikel — aber zu welchen Preisen! Ein Kilogramm Butter kostet 32,40 Rubel, ein Ei 60 bis 80 Kopeken, 1 Liter Milch 2 Rubel, ein Kilogramm Fleisch 16 bis 20 Rubel, Schuhe 120 bis 250 Rubel. Selbstverständlich ist es für einen gewöhnlichen Arbeiter mit einem Durchschnittsverdienst von 120 Rubel völlig ausgeschlossen, im freien Handel etwas zu kaufen, folglich muß er entbehren. Wenn man trotzdem die Meinung vertreten hört, daß der Ruße in früheren Zeiten nichts haben konnte und heute mit dem Erwerbigen zuziehen ist, so entspricht es nicht den Tatsachen. Charakteristisch ist ja, daß bei privaten Zusammenkünften und kleineren Familiengesellschaften die Beschaffung von Lebensmitteln, einer neuen Hofe oder einem Paar Schuhe den Hauptinhalt der Gespräche bildet. Außerdem beklagt sich ein Großteil speziell älterer Russen bitter und erklären bei jeder Frage, indem sie auf die leeren Geschäfte und ihren Körper weisen: „Nischewor njet“ — nichts zu haben, nichts zu bekommen. Die ganze Situation erinnert an 1917/18 in Deutschland und an ein von Entbehrung geschwängertes Volk. Tatsächlich führt man sich um 15 Jahre zurückversetzt, trostlose Zustände, leere Geschäfte, zerfallene, ungepflegte Straßen, abstrahlende, schmutzige Fassaden, zerbrochene Fenster, überfüllte, halb-

demolierte Straßenbahnen, schlecht — und ärmlich angelegene Menschen, Bettler usw. Man darf allerdings nicht vergessen, daß August seit 1914 Krieg, Revolution, Hungersnot, Arbeitslosigkeit über sich ergehen lassen mußte, wodurch (aber besonders durch seine Abgeschlossenseit) die gesamte Entwicklung großen Schaden erlitt. Daß der Nachwuchs, die Jugend, unter solchen Verhältnissen aufgewachsen, nichts anderes kennt und sich eben darum mit den jetzigen Zuständen zum Teil abfindet, ist verständlich. Ein Ende ist es auch um die Wohnungssituation. Geradezu katastrophal muß sie bezeichnet werden. Die Städte haben durch Zuzug vom Land gemäßigt an Einwohnerzahl zugenommen. Es wird zwar gebaut, doch ist das in vielen Jahren veräußerte nicht in kurzer Zeit einzufügen. Das Resultat, eine Überfüllung der bewohnten Räume, die tatsächlich unglücklich wirkt. In Moskau, Leningrad oder anderen großen Städten ein Einzelzimmer (von Wohnung kann überhaupt keine Rede sein) zu erhalten, ist äußerst schwer, fast unmöglich; es sei denn, man verfügt über entsprechende Summen. (Ein Zimmer wird mit 1800 Rubel aufwärts abgekauft.) Zuständige Wohnungsnachweise existieren wohl, doch ist eine Vermittlung mangels Wohnungen auf unabhäufbare Zeit hinaus kaum denkbar. Wohl wäre es interessant und lehrreich, noch über Wohnungsverhältnisse, Leben und Hygiene etwas hinzu-zufügen, doch im Rahmen dieses Aufsatzes ist das kaum möglich.

Korrespondenzen

Wschaffenburg. Der Bezirksverein Wschaffenburg konnte am 3. Juli eine große Anzahl auswärtiger Kollegen des Gaues Frankfurt-Hessen und des Bezirks Wschaffenburg in Wschaffenburgs Mauern begrüßen. Aus diesem Anlaß fanden vormittags verschiedene Tagungen statt. So tagten die Maschinenleger im „Ersthaler-Hof“, während die Drucker mit dem Bildungsverband im Weinhaus Ruch (Martin) sich zusammengefunden hatten, um so organisatorischen bzw. technischen Problemen Stellung zu nehmen. Nach dem Mittagessen verammelten sich alle Kollegen im Schloßhof zwecks Besichtigung des Kupferstichtabaketts. Herr Kunst-historiker S. o h e hatte in liebenswürdiger Weise die Erklärung zu den wunderbaren graphischen Frühdrucken berühmter Meister übernommen, wobei man die Feststellung machen konnte, daß das Wschaffenburg Schloß sehr wertvolle Schätze birgt. Inzwischen war es Zeit geworden zum Johannistfest in der Mainausicht, wo sich die Kollegen und auswärtigen Kollegen zu Ehren unres Amtmeisters Gutenberg verammelten. Der Bezirksvorsitzende H. P f a r e r hieß alle Kollegen und die so zahlreich erschienenen Gäste willkommen, insbesondere auch den Kollegen W. Nepeck, Vorsitzender des Nachbargaues Frankfurt-Hessen, dabei u. a. betonend, daß neben ernstem Kampf um die Freude im menschlichen Leben notwendig ist. Hierauf ergriff Kollege N e p e c k das Wort zu einer kurzen Festrede, in der er Zweck und Inhalt des traditionellen Buchdrucker-Johannistfestes schilderte. Der Arbeitergesangsverein Wschaffenburg hatte sich ebenfalls in den Dienst der Sache gestellt. Anerkennend muß gesagt werden, daß der Chor unter der bewährten Leitung seines Dirigenten Kramer gelanglich auf beachtlicher Höhe steht. Seine Darbietungen wurden dankbar aufgenommen. Anschließend an die Festrede fand die Ergründung für 25jährige Mitgliedszugehörigkeit statt. An die Jubilare Gustav K e i f f, Josef M e r g l e r und Eugen S a u t e r wurde je eine silberne Verbands-Ehrennadel und dazu noch ein entsprechendes Geschenk der einzelnen Belegschaften, denen die Jubilare angehören, übergeben. Ein Zeichen von großer überzeugter Organisationsstrenge ist es, daß über tausend Kollegen auf eine Mitgliedszugehörigkeit von 50 und mehr Jahre und über ein Viertel der Gesamt Kollegen auf eine 25jährige Zugehörigkeit zurückblicken können. Im weiteren Verlauf des Festes wurden auch die Kleinsten mit Kinderspielen beschäftigt und alle Kinder mit kleinen nützlichen Geschenken bedacht. Dem Preisquadrätklein wurde ebenfalls feierlich gebührend. Die hiesige Stadtkapelle sorgte in flotter Manier für eine wirklich harmonische Feststimmung, und nur allzu schnell entwandenen die schönen Stunden, bis die harte, rauhe Wirklichkeit wieder ihr Recht forderte. Abschließend kann festgestellt werden, daß die Aufmerksamkeit und der Verlauf des Festes, das allerdings ursprünglich im kleineren Rahmen gedacht war, alle Teilnehmenden voll und ganz fesselte. Zu unserm Bedauern mußten leider viele Kollegen befreundeter Verbände wegen Platzmangels wieder umkehren. Der Ortsverein Wschaffenburg ist mit Würzburg eine der ältesten Gründerinnen im Gau Bayern und kann im nächsten Jahre sein 70jähriges Jubiläum feiern, wozu eine größere Veranstaltung geplant ist.

Halle a. d. S. (Drucker — Bierzehnteljahrsberichtericht.) Am 16. April referierte Kollege Walter G e i l von der Zentralkommission der Drucker über: „Druck- und Maschinen-Technik, Tagesfragen“. Der Referent ging auf die Ursachen der Weltwirtschaftskrise und deren Auswirkungen im allgemeinen und auf unser Gewerbe im Besonderen ein. Dann wandte er sich dem Hauptpunkte zu, dem Zeitungs-Verdrucker. Hier brachte er den Kollegen viel Neues und Wissenswertes, da wir ein Referat nach dieser Richtung noch nicht hatten. Zum Schluß streifte Kollege G e i l noch einige tarifliche Fragen und ermahnte die Kollegen, keine untariflichen Handlungen zu begehen. Einem Beschluß der Kollegen Rechnung tragend, auch öfter mal aktuelle Vorträge zu hören, sprach am 21. Mai Kollege W o g e l s a n g über das Thema: „Kulturfestgen aus Mecklenburg und dem Osten Deutschlands“. Als Kenner der dortigen Verhältnisse schilderte der Vortragende das Agrarland Mecklenburg vom proletarischen Standpunkt. — Am 18. Juni fand unsere nun schon zur Tradition gewordene Wanderversammlung nach Merseburg statt, um unsern Merseburger Kollegen, welche sich immer an unsern Veranstaltungen beteiligen, auch einmal im Jahre entgegenzukommen. An diesem Tage hatte die schwarz-weiß-rote Couleur in Merseburg einen Hufarantag, so daß wir schon am Bahnhof mit der Frage befristet wurden: „Kameraden, seid ihr von der dritten Schwadron?“ Was bei uns natürlich klärende Heiterkeit auslöste. Daß sich dieses Schlagwort prägnant

durch unsere ganze Veranstaltung zog, versteht sich. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils wurde in die Spielkasas eingetreten, was wesentlich zur Hebung der Kollegialität beitrug. Wohl jeder Teilnehmer konnte die Genußgenuss mitnehmen: die dritte Schwadron hat sich glänzend amüsiert. Die Beschäftigungsmöglichkeit ist wie überall trotzlos; von den Neuausgeleiteten gelang es uns, sieben Kollegen der Sparte zuzuführen.

Neuwied a. Rh. In Stelle einer Monatsversammlung veranstaltete der Ortsverein Neuwied eine F o h a n n i s t f e i e r, bei der acht Jubilare geehrt wurden. Der Vorsitzende S c h m e n g l e r eröffnete das Fest und begrüßte die erschienenen Gäste, u. a. die Koblenzer Kollegen, die graphische Hilfsarbeiter, die Buchbinder und die Abordnung des Arbeiterwohlfahrtsvereins, in dessen Räumen die Feier stattfand. Bezirksvorsitzender E l s e n e r (Koblenz) hielt die Festrede, in der er kurz die Entstehung der Buchdruckerkunst streifte, die Notwendigkeit des Verbandes hervorhob und die jüngeren Kollegen aufforderte, sich ein Beispiel an den Jubilaren zu nehmen und ebenso treu für die Sache des Verbandes einzutreten. Der Höhepunkt des Festes war die Ergründung der Jubilare. Bevor zur Überreichung der Diplome geschritten wurde, gedachte der Vorsitzende in kurzen Worten des Kollegen Peter Hed, den uns der Schmitt Tod aus den Reihen der Jubilare gerissen hat. Zu Ehren dieses verdientvollen Kollegen erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Hervorgehoben sei noch die Mitwirkung der Gesangsabteilung, „Typographia“ unter der bewährten Leitung des Kollegen W. S c h m i d t, die das Programm des Abends durch einige Liebesvorträge verschönte. Auch das in Buchdruckerkreisen so beliebte Preisquadrätklein wurde nicht vergessen. Bei Tanz und gemühtlicher Stimmung fand die Feier einen würdigen Abschluß.

Würzburg. In der Bezirksversammlung am 26. Juni waren die Druckerei Riffingen, Karstadt und Wschaffenburg vertreten; ein betrübliches Zeichen war es, daß von den Kollegen am Ort nur der vierte Teil anwesend war. Daß dieses schiefste Beispiel auch die jungen Kollegen schon ergriffen hat, konnte bei den zur Ausnahme gemeldeten sieben Kollegen festgestellt werden; von diesen war nur einer erschienen. Die übrigen Aufnahmen mußten zurückgestellt werden. Daß der Goutag verschoben werden soll, damit was die Versammlung einverstanden, nicht aber bei dem guten Stand der Kaufsache mit der Streichung der Verwaltungsprojekte. Nach zahlreicher Erledigung von örtlichen Angelegenheiten wurde dem Kollegen Bruno W e r m a n n (Berlin) das Wort zu seinem Referat „Unser Verband in der Krisenzeit“ erteilt. (Über die Ausführungen des Referenten wurde bereits mehrfach an dieser Stelle berichtet.) Dem Redner wurde starker Beifall gezollt. In der Ansprache erklärte ein Kollege, daß eine eventuelle Urabstimmung auch kein anderes Resultat gezeitigt hätte. Schon seit Jahren hätten wir diese furchtbare Krise und noch immer wäre kein Lichtblick vorauszu sehen. Er ermahnte die Kollegen zu besserem Zusammenarbeiten in den Betrieben. Die folgenden Redner waren mit den Maßnahmen des Vorstandes nicht einverstanden. Denn in Bayern hätten wir bedeutende Beschäftigungsstörungen, gegen früher, da unser „jezt“ auch eine Anzahl von Zeitungen abgezogen wurden. Zu dem Abzug des Fernmeldes hätte es nicht kommen dürfen. Im Schlußwort führte Kollege A l e x a n d e r m a n n aus, daß er auch nicht voraussehen konnte, wann eine Besserung eintreten würde, denn das Prospektieren sei eine sehr unsichere Sache. Im weiteren seien die Angriffe gegen den Vorstand unberechtigt. Nachdem noch verschiedene dringliche Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der sehr interessanten Versammlung.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in Saarbrücken bestand der Druckerkollege F r a n z Z i m m e r aus Wöllkingen a. d. S. die Meisterprüfung mit dem Prädikat „Sehr gut“.

Vom Zeitungs-Kriegsstauplatz. Die sozialdemokratische satirische Zeitschrift „D e r w a h r e J a k o b“ ist vom Berliner Volkspräsidenten auf die Dauer von zwei Monaten verboten worden. Anlaß zu dem Verbot geben zwei Karikaturen, in denen angeblich die katholische Kirche und die Reichsregierung, diese wegen ihrer Abhängigkeit von den Nationalsozialisten, verächtlich gemacht worden sind. Interessanterweise war die betreffende Nummer des „Wahren Jakob“ vom 16. Juli bereits vom früheren Volkspräsidenten Grzesinski genehmigt worden. — Der hiesige Innenminister hat mit sofortiger Wirkung folgende nationalsozialistische Blätter bis einschließl. 4. August verboten: „Hessische Landeszeitung“, „Süddeutsche Landvolkzeitung“, „Mainzer Tageszeitung“, „Rhein- und Hessenbauer“, „Niersteiner Rheinwache“, „Oberhessische Tageszeitung“, „Wormser Tageszeitung“, „Offenbacher Nachrichten“ und sämtliche etwaigen Kopfbücher oder Ersatzblätter dieser Zeitungen. Begründet wird das Verbot mit der bei der Weitergabe der kommunikativen Dokumente erhobenen Behauptung, die hiesige Regierung habe bewußt Gehehligkeiten allerhöchster Art. — Der Reichsinnenminister hat an den badischen Minister des Innern das Ersuchen gerichtet, den „D o n a u b o t e n“ in Donauausgaben auf Grund der Verordnung des Reichs und des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen auf drei Tage zu verbieten. Anlaß zu dem Ersuchen gab ein Artikel „Der Staatsstreik gegen Preußen — der Pfund der bösen Tat“, in welchem auf den Artikel vom 25. Juni verwiesen worden war, auf Grund dessen der „Donaubote“ drei Tage verboten wurde. Der badische Minister des Innern hat dem Ersuchen des Reichsinnenministers nicht entgegen und die Entscheidung des zuständigen Senats des Reichsgerichts angezweifelt. — Auf Anordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ist die „P o l k s t i m m e“ in Magdeburg auf einen Tag (20. Juli) verboten worden. Als Grund wird eine Kritik an den Maßnahmen der Nazi-Regierung von Anhalt angeführt. — Der Berliner Volkspräsident hat die „R o t e F a h n e“ einschließl. aller Kopfbücher bis zum 10. August verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines am 30. Juli veröffentlichten Aufsatzes des Zentralkomitees der KPD, in dem zum gewaltsamen Sturz der Verfassung und zur Errichtung einer Arbeiterdiktatur aufgefordert

bzw. angereizt wird. — Durch eine Verordnung des obdenburgischen Innenministeriums ist das Organ der obdenburgischen Zentrumspartei, die in Wechta erscheinende „O b d e n b u r g i s c h e V o l k s z e i t u n g“ auf die Dauer von vier Tagen verboten worden. — Der Verlag der „K ö n i g s e n V o l k s z e i t u n g“, dem wie der „Rheinischen Zeitung“ von der Hugenberg-Pressenabteilung erlassen habe, erklärt, daß er niemals derartige Subventionen von der Preußen-Regierung erhalten habe. Von Nazis verhaftet und halbtot geprügelt. Einen fürchtbaren Banditenstreich verübten die „aufbauwilligen Kräfte der Nation“ in der Nacht zum Sonntag in Eberswalde. Der Stadtrat und Redakteur Lehmann von der „Eberswalder Volkszeitung“, der Sekretär des Landarbeiterverbandes Wegner, und unser Kollege Schulze bildeten sich am Sonnabendabend mit mehreren Bekannten in dem Eberswalder Verkehrslokal der SPD. auf. Kurz nach Mitternacht wurde aus dem Nachbarort Brilh telephonisch mitgeteilt, daß dort eine Auseinandersetzung zwischen Schulze und Reichsbannerkameraden erfolgt sei. Lehmann müsse unbedingt erscheinen. Lehmann, Wegner und Schulze begaben sich sofort im Auto nach Brilh. Unterwegs wurde ihr Wagen von 50 bis 60 Nationalsozialisten umringt, die wie wild auf die drei Männer einschlugen, bis sie bewußtlos und schwer verumdet auf dem Boden lagen. Dann zertrümmerten die nationalsozialistischen Banditen das Auto. Lehmann, Schulze und Wegner wurden in das bereitgehaltene Auto der Schulze geworfen und in ihr Verkehrslokal verschleppt. Erst nach einigen Stunden wurden die Schwerverletzten von der Polizei aufgefunden.

Der Ausgang der Reichstagswahl. Die Reichstagswahl am 31. Juli hat eine Niederlage der Regierung Papen ergeben. Die von ihr erhoffte und mit allen Mitteln geförderte Reichsmehrheit ist nicht zustande gekommen. Fünf Parteien werden im kommenden Reichstag von maßgebender Bedeutung sein. Die Rechte, bestehend aus Nationalsozialisten und Deutschnationaler Volkspartei, hat 43,6 Proz. die Linke, bestehend aus Sozialdemokraten und Kommunisten, 35,8 Proz. der Stimmen erhalten. Daraufhin steht das Zentrum, ohne das keine parlamentarische Regierungsbildung möglich ist, mit 12,5 Proz. der abgegebenen Stimmen. Der Rest entfällt auf unbedeutende Splitterparteien. In Stimmen und Mandaten haben die fünf maßgebenden Parteien erhalten: SPD. 7 691 441 (8 575 244) Stimmen und 132 (143) Mandate; NSDAP. 13 741 812 (16 406 379) Stimmen und 229 (107) Mandate; KPD. 5 203 710 (4 590 100) Stimmen und 88 (77) Mandate; Zentrum 4 487 602 (4 125 000) Stimmen und 74 (68) Mandate; DNVP. 2 176 348 (2 457 686) Stimmen und 36 (41) Mandate. Ingesamt wurden 36 686 781 Stimmen abgegeben und 587 Abgeordnete gewählt. Die in Klammern angegebenen Vergleichszahlen beziehen sich auf die Reichstagswahl vom 14. September 1930. Mit dem Ausgang dieser Reichstagswahl ist der Angriff der Reaktion auf die Republik erfolgreich abgeschlossen. Die Wähler haben damit zum Ausdruck gebracht, daß sie keine Gewalt oder Katastrophopolitik, sondern eine den Gesetzen der „Entwicklung“ entsprechende Aufbaupolitik in Wirtschaft und Politik wünschen. Sehr muß es sich zeigen, welche Kräfte im Volk sich durchzusetzen vermögen.

Der „Burgfrieden“. Die angeforderte Verordnung „zur Sicherung des inneren Friedens“ nach der Wahl ist nunmehr unter dem Datum vom 29. Juli 1932 erlassen worden. Sie hat folgenden Wortlaut: Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird verordnet: § 1. Für die Zeit vom 31. Juli 1932 bis zum Ablauf des 10. August 1932 sind alle öffentlichen politischen Versammlungen verboten. Als politisch im Sinne dieser Vorschrift gelten alle Versammlungen, die zu politischen Zwecken oder von politischen Vereinigungen veranstaltet werden. § 2. Die Bestimmungen der zweiten Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 18. Juli 1932 (Reichsgesetzblatt 1 Seite 355) in der Fassung der dritten Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 22. Juli 1932 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 385) bleiben mit der Maßgabe unberührt, daß für die Zeit vom 31. Juli 1932 bis zum Ablauf des 10. August 1932 auch alle politischen Versammlungen unter freiem Himmel, die in festumfriedeten, dauernd für Waffenbesitz eingerichteten Anlagen stattfinden sollen, verboten sind. § 3. Wer eine Versammlung, die nach den Bestimmungen dieser Verordnung verboten ist, veranstaltet, teilt, in ihr als Redner auftritt oder den Raum für sie zur Verfügung stellt, wird mit Gefängnis bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann. Wer an einer solchen Versammlung teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark bestraft. § 4. Diese Verordnung tritt mit dem 31. Juli 1932 in Kraft. In einer amtlichen Verlautbarung zu der Verordnung heißt es: „Nach der starken politischen Erregung, welche die Wähzeit mit sich gebracht hat, soll das Verbot den politischen Frieden fördern. Es ist der Wunsch des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung, daß nach durchgeführtem Wahlkampf die politischen Leidenschaften wenigstens einige Tage lang ruhen sollen. Die letzten Wochen haben, wie der Bevölkerung bekannt ist, außerdem an den Dienst der Polizeibeamten so ungewöhnlich hohe Ansprüche gestellt, daß auch ihnen eine Ruhe- und Erholungsperiode gebührt werden muß.“

Robnabau in der Textilindustrie. Der Verband der sächsisch-thüringischen Webereien hatte den bisherigen Zeitlohn für die Webereien des Verbandesgebiets zum 29. Juni gekündigt. Verhandlungen über einen neuen Tarif führten zu keiner Einigung. Die Schlichterkammer fällt jetzt einen Schiedspruch, der einen weiteren sechs- bis achtprozentigen Lohnabbau vorschlägt. Der Schiedspruch ist von den Organisationsvertretern abgelehnt worden.

Arbeitsgeber und politische Versammlungen. Diefelben Unternehmer, die die freien Gewerkschaften nicht oft genug als politisch anschwärzen können, zeigen gern ihr Interesse für politische Parteien, wenn sie ihnen angenehm sind. In Lößnitz, Kreis Goldberg-Haynau in Sachsen, bemühte sich der Besitzer des dortigen Dominiums, die auf dem Dominium beschäftigten Landarbeiter mit einem Schreiben folgenden Wortlauts zum Besuch des Hiltesches in Lößnitz zu interessieren: „Landarbeiter, habt ihr schon gehört, am Freitag, dem 22. Juli, spricht Hitler in Lößnitz; da sind wir bereit, jedem Landarbeiter, welcher

